

BASis Info 2/2015

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

06.03.2015

Politik, die DU sagt - www.baerbelbas.de



Liebe Leserin, lieber Leser,
die Wochen der gehaltenen SPD-Versprechen gehen weiter: Heute hat der Deutsche Bundestag die Frauenquote beschlossen. Bereits gestern haben wir die Mietprelsbremse verabschiedet und schon am Mittwoch gab es deutlich mehr Geld vom Bund für Kommunen wie Duisburg. Die SPD hat sich mit ihrer Forderung nach einer stärkeren Entlastung der Kommunen gegen CDU und CSU durchgesetzt. (s. Seite 2)

Mit dem Beschluss der Frauenquote können wir am kommenden Sonntag einen historischen Frauentag feiern: Der letzte Internationale Frauentag ohne gesetzliche Quote für Frauen in Führungspositionen. Die Zeiten der wirkungslosen freiwilligen Vereinbarungen sind vorbei. Die Quote ist ein starkes Signal für mehr Gleichberechtigung.

Für Aufsichtsräte von börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen gilt damit in Zukunft eine Geschlechter-Quote von 30 Prozent. 3.500 weitere Unternehmen sind verpflichtet, feste Zielgrößen für ihre Aufsichtsräte und die zwei da-

runter liegenden Führungsebenen zu erstellen und einzuhalten. Für die Gremien des öffentlichen Dienstes gilt ebenfalls eine Quote von 30 Prozent, die 2018 auf 50 Prozent erhöht wird. Das Gesetz tritt in Kraft, sobald der Bundesrat zugestimmt und der Bundespräsident unterschrieben hat.

Dieser historische Schritt steht sicher auch beim Infostand der Duisburger ASF zum Frauentag auf der Königsstraße am Samstag (ab 11 Uhr) und bei der DGB-Veranstaltung im Kleinen Prinz am Sonntag im Mittelpunkt. Ich freu mich drauf.

Das Gesetz zur Quote kann für uns aber nur ein Baustein sein. Gleichstellung bezieht sich auf alle Lebensbereiche. Deshalb will die SPD mehr: Ein starkes Gesetz zur Entgeltgleichheit, um die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern von noch immer erschreckenden 22 Prozent zu schließen. Außerdem die Familienarbeitszeit sowie den Ausbau von Ganztags-Kitas und -Schulen.

Und wo wir schon dabei sind: 6 Euro Kindergelderhöhung sind viel zu wenig. Das wer-

den wir sicher so nicht stehen lassen. Bei dieser Summe ginge die Schere zwischen armen und reichen Familien weiter auseinander. Dabei hatte die Union im Wahlkampf eine Kindergelderhöhung von 30 Euro und mehr versprochen.

Unserer SPD-Fraktion geht es auch um eine gezielte Hilfe für die Alleinerziehenden. Ihre besonderen Belastungen werden durch den Entlastungsbetrag anerkannt und wir haben im Koalitionsbetrag die längst überfällige Anpassung vereinbart. Auch das muss jetzt umgesetzt werden.

Fast schon nebenbei haben wir diese Woche u.a. das Versorgungsstrukturgesetz für die Zukunft der ärztlichen Versorgung und kürzere Wartezeiten eingebracht und Vorschläge für ein modernes Einwanderungsgesetz vorgelegt. Sie sehen: Es ist noch viel zu tun, aber wir bleiben dran.

Herzliche Grüße

Bärbel Bas

Stichwort: Mehr Geld vom Bund für Duisburg

Die Beharrlichkeit der SPD hat sich ausgezahlt: Wir Sozialdemokraten haben durchgesetzt, dass die Kommunen im Zuge des Investitionsprogrammes der Großen Koalition deutlich mehr Geld vom Bund bekommen werden. Die SPD ist und bleibt ein verlässlicher Partner der Kommunen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat damit ihre zentrale Forderung gegen die Union durchgesetzt: Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Entlastung der Städte und Gemeinden kommt noch in dieser Legislaturperiode. Sie wird nicht wie von CDU/CSU gedacht in die Zukunft geschoben.

Für 2015 und 2016 hatte die SPD schon für eine Entlastung kommunaler Haushalte von jeweils einer Milliarde Euro gesorgt. Jetzt haben sich SPD und CDU/CSU nun auf eine zusätzliche Unterstützung von 1,5 Milliarden für 2017 geeinigt. Das ist auch der NRW-Landesregierung zu verdanken, die sich in Berlin für die Unterstützung der Kommunen im Westen stark gemacht hatte. Darüber hinaus wird für 2015 bis 2018 ein kommunaler Investitionsfonds von 3,5 Milliarden Euro aufgelegt. Er kommt insbesondere Städten und Gemeinden zu Gute, die kaum mehr eigene Investitionen stemmen können, weil ihnen das nötige Geld im Haushalt fehlt. Sie müssen nur 10% Eigenanteil aufbringen, der

Rest gibt der Bund dazu. Dieses Instrument ist gerade für Duisburg besonders wichtig.

Ende Februar waren mehr als



50 Oberbürgermeister und Stadtkämmerer mit dem Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ in Berlin. Aus Duisburg waren OB Sören Link und Kämmerer Dr. Peter Langner (beide SPD) dabei. Bei Gesprächen mit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel oder SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann haben sie eindringlich für eine substantielle Unterstützung der Städte und Gemeinden durch den Bund geworben. Beim Gespräch mit Thomas Oppermann war ich selbst dabei und wir waren uns auch über die Notwendigkeit eines Altschuldenfonds einig. Die SPD steht zur Verantwortung des Bundes für die Handlungsfähigkeit der Kom-

munen. Unter dem Strich erhalten die Kommunen in Folge der Entscheidungen der Großen Koalition in den nächsten Jahren fünf Milliarden Euro mehr vom Bund. Der Bund und die SPD-Bundestagsfraktion zeigen damit, dass sie die Haushaltsprobleme der Kommunen erkannt haben, dass sie diese ernst nehmen und vor allem, dass wir zu der zugesagten Hilfe stehen.

Angesichts der vielfältigen Herausforderungen an die Haushalte der Städte und Gemeinden kann dieses Investitionsprogramm aber nicht das Ende der Fahnenstange sein. Mit Blick auf die marode Verkehrsinfrastruktur und die hohen Flüchtlingszahlen sind Bund und Länder weiter gefordert.

Was die Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerber betrifft, sind die von der Bundesregierung gewährten Soforthilfen von 500 Millionen Euro für die Jahre 2015 und 2016 ein erster, wichtiger Schritt. Wir beobachten aber auch mit Sorge, dass die Kommunen bei der Flüchtlingsunterbringung Aufgaben übernehmen, für die sie weder verantwortlich noch ausgestattet sind. Daher setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion für die vollständige Übernahme der Unterbringungs- und Betreuungskosten von Flüchtlingen durch den Bund ein.



Neues aus Duisburg

Tag der Kinderhospizarbeit: Mehr Wohnraum für Familien

Am 10. Februar war Tag der Kinderhospizarbeit. Als Schirmherrin des Huckinger Malteser-Hospiz St. Raphael unterstütze ich den Aufruf des Kinder- und Jugendhospizdienstes der Malteser, mehr Wohnraum für Familien mit schwerstkranken Kindern zu fördern und zu schaffen.

Viele Familien mit behinderten Kindern finden auf dem Duisburger Wohnungsmarkt keine passenden Wohnungen. Viele Kinder sind rollstuhlabhängig und benötigen eine barrierefreie oder zumin-

dest barrierearme Wohnumgebung. Schwer kranke Kinder brauchen zu Hause häufig Platz für Medizintechnik und Pflegehilfsmittel. Ohne eigenes Zimmer wird das eng. Leider sind die barrierefreien Wohnungen fast ausschließlich auf den Bedarf von allein lebenden Senioren ausgerichtet: Also die klassische Zwei-Zimmer-Wohnung. Die vom Kinder- und Jugendhospizdienst der Malteser betreuten Familien stehen vor dem Problem, eine barrierefreie, familienfreundliche Wohnung zu finden, in der

alle genug Platz haben. Hinzu kommt, dass die passenden Wohnungen meist sehr hohe Mieten haben.

Ich habe dieses Thema in Berlin bereits an einigen Stellen platziert und sage klar: Barrierefreiheit muss für alle Betroffenen gelten. Die betroffenen Familien brauchen dringend ein besseres und auch bezahlbares Wohnungsangebot. Deshalb muss die Förderung durch den Staat flexibler werden. Bund, Land und Kommunen sollten hier ihren Beitrag leisten.



Beim Neujahrsempfang der SPD Wanheim Angerhausen haben die Genossinnen und Genossen wieder den Wanheimer Taler verliehen und ich war gerne dabei. In diesem Jahr ging der Taler an Julius "Jules" Smets. Auch noch einmal an dieser Stelle: Herzlichen Glückwunsch.

Rauchzeichen

Tolle Aktion auf der Königsstraße, die ich gerne unterstütze: Der Lungenbaum. Barmer, Bürgerstiftung, Feuerwehr und THW haben ein starkes Bild geschaffen, das leicht verständlich ist und zum Nachdenken anregt. Über die Risiken des Tabakgenusses muss weiter aufgeklärt werden. Der Lungenbaum leistet einen wichtigen Beitrag dazu und in der Gesundheitspolitik wollen wir diese Aufklärung mit unserem Präventionsgesetz stärken.

Gewinne im WAS AUF DIE OHREN-PODCAST

- eine Reise nach Berlin
- 4 Tage für 2 Personen
- mit Besuch des Bundestag



Im Podcast „WAS AUF DIE OHREN“ des Duisburger Thorsten Runte verlose ich ab 15. März eine Berlinfahrt für 2 Personen. Einfach mal Reinhören. Alle weiteren Informationen gibt es hier: <http://www.wasaufdieohren-podcast.de/>

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++07.03.: Infostand der Duisburger ASF zum Internationalen Frauentag ab 11 Uhr auf der Königsstraße+++

+++07.03.: Eröffnung der Gesundheitsmesse „Vivare“ als Schirmherrin im CityPalais+++

+++08.03.: Veranstaltung des DGB zum Internationalen Frauentag im Kleinen Prinz+++

+++11.03.: Gespräch beim Seniorenkreis Duisburg-Süd, Gemeindesaal Sankt Raphael, Bissingheim+++

+++13.03.: Eröffnung der Caritas-Wanderausstellung im Bezirksamt Mitte+++

+++16.03.-20.03. + 23.03.-27.03.: Sitzungswochen des Deutschen Bundestag+++

+++www.baerbelbas.de+++



Neues am Ende



Der Mindestlohn ist und bleibt eine zentrale sozialpolitische Errungenschaft und ein echter Meilenstein. Trotzdem erreichen mich in diesen Tagen viele Anfragen zur angeblichen „Bürokratie“. Klar ist: Wir wollen, dass der Mindestlohn auch eingehalten wird. Dafür braucht man Kontrollen. Die Anforderungen an die Unternehmen sind aber leicht umzusetzen. Alle Informationen finden Sie auch auf einer Homepage, die das BMAS extra für den Mindestlohn eingerichtet hat: <http://www.der-mindestlohn-gilt.de/ml/DE/Startseite/start.html>

Die Frauenquote kommt. Unsere Fraktion freut das sehr und das zeigen wir auch auf der Fraktionsebene des Reichstagsgebäudes. Mehr zur Quote: <http://tinyurl.com/pofn4k7>

Mein Tagebuch

„Blut muss fließen“ heißt ein Dokumentarfilm, den die Parlamentarische Linke im Bundestag gezeigt hat. Die Undercover-Drehs zeigen erschreckende Bilder aus der Neo-Nazi-Szene. Bei der anschließenden Diskussion hatte Regisseur Peter Ohlendorf aber auch gute Nachrichten: „Wir touren mit dem Film seit drei Jahren. Die meiste Hoffnung hat mir Duisburg gemacht: Bei einer Vorstellung im Polizeipräsidium haben 300 PolizistInnen beeindruckend mit uns diskutiert“.

Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, eine Lobby-Organisation von Gesamtmetall, schickt Abgeordneten gerne „originelle“ Geschenke. Ich habe diese Präsente zu-

rückgeschickt. Für inhaltliche Anregungen bin ich offen. Als Abgeordnete aus der „Stahlstadt“ Duisburg weiß ich aber auch, dass das Geld in den Portemonnaies der ArbeitnehmerInnen besser aufgehoben ist.“ Wer mir eine Freude machen kann, spendet - z.B. an das Malteser Hospiz St. Raphael.



Zwei Duisburger machen in Berlin Werbung für ihre Heimat. Danke, „Onkel Stereo“.



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

Impressum: V.i.S.d.P.: Bärbel Bas, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. : 030 / 227 75607 - Fax: 030 / 227 76607

baerbel.bas@bundestag.de / www.baerbelbas.de